

#SozialerFortschritt Für die Vielen, nicht die Wenigen.

NEWSLETTER MAI 2020

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

was ist nur mit Armin Laschet los? Die Liste der Affronts wird länger und länger:

- das #Pandemiegesezt, das Pfleger*innen und Ärzt*innen zwangsverpflichten und ohne parlamentarische Beteiligung durchgepeitscht werden sollte,
- der Skandal um das Heinsbergprotokoll, das jeden wissenschaftlichen Anspruch über Bord wirft, um die Exit-Wünsche des Ministerpräsidenten zu legitimieren und sich auf zweifelhafte Weise von der PR-Agentur Storymachine beraten lässt,
- ein Corona-Expert*innenrat, der überwiegend aus spendefreudigen Wirtschaftslobbyist*innen besteht, aber keinen einzigen Arbeitnehmer*innenvertreter umfasst,
- seine Machtkämpfe mit Markus Söder,
- die viel zu frühen Diskussionen um eine Exitstrategie,
- die vielen Alleingänge über den Rücken der Ministerpräsidentenkonferenz hinweg,
- der kopflose Schulstart, bei dem Schulen und Kommunen vom Land im Stich gelassen werden,
- das Zurückpfeifen der eigenen Schulministerin und diese
- überflüssige Diskussion darüber, ob die Bundesliga fortgesetzt werden sollte.



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butchkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butchkau.de



Dann bei Anne Will auch noch den schwarzen Peter beim Thema "Schulöffnung" auf die Kommunen zu schieben - eine Unverschämtheit. In den Gesundheits-, Ordnungs- und Jugendämtern und bei den Wirtschaftsförderungen vor Ort wird seit über acht Wochen Außergewöhnliches geleistet,

- um die oft sehr kurzfristigen und unklaren Anweisungen des Landes auf allen Ebenen umzusetzen.
- um in der Krise Betroffenen zu helfen und

- um den Laden überhaupt am Laufen zu halten.

Das sollte ein Ministerpräsident wertschätzen! Stattdessen glänzt er mit einer chaotischen Kommunikation und schafft es, seine Kanzlerambitionen selbst zu beerdigen.

Außerdem: Was sind das für Prioritäten? Anstatt mit der Fußball-Bundesliga über die Wiederaufnahme des Spielbetriebs zu fachsimpeln, wäre es angebrachter, über die Folgen der Corona-Krise auf unsere Kinder, Familien und isolierte Senior*innen zu beraten, die seit Wochen kaum Möglichkeiten hatten, vor die Tür zu kommen und teilweise unter Existenzsorgen leiden. Ihr Schicksal kommt in der Corona-Krise eindeutig zu kurz. Für sie erhebt die Landesregierung nicht das Wort.

Der NRW-Rettungsschirm ist derweil angelaufen. Hier wird sichtbar, dass er dennoch zu viele Löcher hat. Bei vielen, die in der Krise unsere Solidarität brauchen, kommen die Hilfen nicht an: bei Studierenden, die ihren Job verloren haben, bei vielen Solo-Selbständigen und Künstler*innen, die mit der Soforthilfe nur Betriebskosten abdecken dürfen, die Hilfe aber zur Lebenshaltung brauchen. Dies sind Lücken, auf die wir frühzeitig hingewiesen haben, die aber dennoch nicht angepackt wurden. Dabei ist Geld da. Ein Großteil der bisherigen Hilfen wurde nämlich bis jetzt über die Soforthilfe des Bundes finanziert.

Wie Corona die Arbeit im Landtag sonst noch beeinflusst hat, lesen Sie/lest Ihr in dieser Ausgabe des Wahlkreis-Newsletters. Ich wünsche eine interessante Lektüre! Bleiben Sie/bleibt gesund!

Mit solidarischen Grüßen

Ihre/Eure



Der Rettungsschirm muss ausgeweitet werden

Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise hat der Landtag bereits Ende März einen Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro beschlossen. Unsere Fraktion hat sich konstruktiv an diesem Prozess beteiligt, damit die Betroffenen, die um ihre Existenz bangen, schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten. Wir haben unsere Anforderungen an einen solchen Rettungsschirm formuliert und uns für viele Zielgruppen eingesetzt. Manche unserer Forderungen wurden in den Rettungsschirm übernommen, andere aber nicht. Daher haben wir die Plenarsitzungen am 29. und 30. April noch einmal genutzt, um auf Lücken hinzuweisen und eingefordert, diese zu schließen.

Kurzarbeitergeld aufstocken: Viele Beschäftigte haben aufgrund von Kurzarbeit sehr hohe Einkommenseinbußen, die oft nicht mehr zum Leben reichen. Daher fordern wir die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 80/87 Prozent ab dem ersten Monat. Sollte dies auf Bundesebene nicht erzielt werden, sollte das Land einen Fonds aufsetzen, dessen Mittel Unternehmen zu Gute kommen, die das Kurzarbeitergeld auf diese Höhe aufstocken wollen. Außerdem soll das Kurzarbeitergeld auf atypisch Beschäftigte (z.B. geringfügig Beschäftigte) erweitert werden.

Saison- und Kulturwirtschaft schützen: Das Land soll sich beim Bund dafür einsetzen, dass die vom Verbot von Großveranstaltungen bis zum 31.08. betroffenen Anbieter und Ausrüster saisonaler Großveranstaltungen Bestandteil des Sonderprogramms für Hotels und Gaststätten werden und somit auch direkte finanzielle Hilfen statt lediglich erleichterten Zugang zu Krediten erhalten. Im Rahmen des Rettungsschirms NRW soll das Land ein eigenes Zuschussprogramm auflegen, das ein solches Bundesprogramm flankiert und bereit steht, besondere Härten abzuwehren.

Familien entlasten: Eltern sollen von Betreuungsgebühren in Tagespflege, Kindertagesstätten und Offenen Ganztagsgrundschulen befreit werden, so lange die reguläre Betreuung nicht wieder aufgenommen werden kann. Das Land soll den Kommunen hierfür die kompletten Kosten erstatten. Außerdem soll sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ein Freistellungsanspruch zur Betreuung der Kinder zuhause gesetzlich abgesichert wird.

Kommunen nicht im Stich lassen: Wir fordern, dass das Land einen Rettungsschirm für die Kommunen aufstellt, der die direkten und indirekten Kosten der Corona-Krise ausgleicht. Die NRW.Bank soll zudem ein Programm auflegen, mit dem die Liquidität der Kommunen gesichert werden soll.



Existenz von Solo-Selbständigen, Künstler*innen und freien Journalist*innen sicherstellen:

Diese Zielgruppe profitiert nicht von den Soforthilfen von Bund und Land, denn Bundeswirtschaftsminister Altmaier besteht vehement darauf, dass diese nur für Betriebsausgaben genutzt werden dürfen, die viele aber gar nicht haben. Wir fordern, dass diese Fördermittel auch für den Lebensunterhalt genutzt werden können. Sollte keine Einigung mit dem Bund erzielt werden, sollte das Land ein eigenes Programm für diese Zielgruppe auflegen. Was machen CDU und FDP stattdessen? Statt den Menschen, deren Existenz bedroht ist, zu helfen, beschließen sie, die Heimat- und Brauchtumpflege zu unterstützen. Das sind die falschen Prioritäten.

Soforthilfe für Studierende: Auch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek weigert sich, zu helfen. Studierende, die keinen Anspruch auf Bafög haben, weil sie z.B. zu alt sind oder bei denen sich aus unterschiedlichen Gründen (z.B. Kindererziehung, Jobben) das Studium verlängert hat, müssen arbeiten gehen, um ihr Studium zu finanzieren. Aber auch viele andere, nämlich zwei Drittel der Studierenden, gehen neben dem Studium jobben, um ihr Studium zu finanzieren. Viele Jobs in der Gastronomie und im Veranstaltungsbereich fallen gerade weg. Das gefährdet Existenzen. Daher unterstützen wir die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach Öffnung des Bafögs während der Krise. Das lehnt Karliczek ab, gewährt lediglich Darlehen. Daher fordern wir, dass NRW einen Notfallfonds auflegt, über den die Studierendenwerke eine Soforthilfe von 500 Euro an Betroffene auszahlen können.



Antrag „Rettungsschirm für Arbeitnehmer ausweiten – Kurzarbeitergeld aufstocken!“:

bit.ly/2TOASvB

Antrag „Beschäftigte in Saison- und Kulturwirtschaft in der Corona-Krise schützen“:

bit.ly/35GCNKT

Antrag „Familien entlasten – Kostenübernahme der Kita- und OGS-Gebühren durch das Land bis zum Ende der Betretungsverbote – Sicherheit für Eltern und Kommunen“: bit.ly/3dBVFxp

Antrag „Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen – Kommunen gehören unter den Corona-Rettungsschirm“: bit.ly/3fpSfQ1

Antrag „Das Land muss die Existenz von Künstlerinnen und Künstlern und freien Journalistinnen und Journalisten nachhaltig sicherstellen!“: bit.ly/3fwN1Sj

Land verursacht Schulstartchaos

Blickt da eigentlich noch jemand durch, welche Schüler*innen wann wieder zur Schule gehen müssen oder dürfen? Und warum musste die NRW-Landesregierung den Schulstart überstürzen?

Was diese NRW-Landesregierung mit Ministerpräsident Armin Laschet in der Schulpolitik veranstaltet, ist ein großes Chaos. So wie ich, blicken auch Kommunen, Lehrer*innen und Schüler*innen nicht mehr durch. Die einen dürfen zur Schule, die anderen müssen zur Schule. Für manche

hat der Unterricht schon begonnen, wieder andere wissen nicht, wann sie die Schule wieder besuchen dürfen.

Die Abschlussprüfungen sollen nun mit der Brechstange durchgeführt werden. Immerhin konnte erreicht werden, dass die Prüfungen für die Abschlussklassen der 10. Jahrgänge nach hinten verschoben werden können und nicht mehr zentral, sondern durch die Fachlehrer*innen an der Schule gestellt werden.

Es ist richtig, dass die Schüler*innen einen adäquaten Schulabschluss machen sollen, der für Ihren weiteren Berufs- und Lebensweg wichtig, manchmal sogar entscheidend ist. Aber zu welchem Preis? Und gibt es in der derzeitigen Situation keine Alternativen, die die Qualifikationen der Schüler*innen ausweisen und ihren Gesundheitsschutz gleichzeitig gewährleisten können? Und da sind wir genau beim wichtigsten Thema: Der Gesundheitsschutz!

Ein verfrühter Schulstart ohne ausreichende Hygienestandards und ohne ausreichenden Infektionsschutz wie genügend Abstand, Schutzmasken, warmes Wasser, Seife, Papiertücher, Desinfektionsmittel, etc. kann die Erfolge der letzten

Wochen gefährden. Was ist, wenn sich die Infektion wieder ausbreitet, Schüler*innen krank werden und ihre Familienmitglieder anstecken?

Die Schulträger wurden mit einer Flut und sich widersprechenden Informationen des Ministeriums vor vollendete Tatsachen gestellt und mit der Umsetzung des Infektionsschutzes alleine gelassen. Dabei ließ sich die Kultusministerkonferenz bis zum 29. April Zeit, ein Konzept zur Einhaltung der Hygiene zu erarbeiten. Warum musste NRW schon zum 23. April die Schulen öffnen, die Schulträger so in Zeitnot versetzen und die Schüler*innen und Lehrer*innen gegebenenfalls gefährden?

Ich bin mir sicher, dass Schulträger, Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen alle ihr Bestes geben, um die Vorgaben einzuhalten und um den Schulalltag gewinnbringend zu gestalten. Über den chaotischen, ja kopflosen Einstieg der Landesregierung in den Schulbetrieb täuscht das allerdings nicht hinweg.



Kurzarbeitergeld wird aufgestockt

Bereits in der Finanzkrise 2008 zeigte sich, wie wichtig das Kurzarbeitergeld in der Krise zum Erhalt von Arbeitsplätzen ist. Das wird in der Corona-Krise noch weitaus sichtbarer. In über 750.000 Betrieben mit insgesamt 10,1 Millionen Beschäftigten wurde bis Ende April Kurzarbeit angezeigt. Gäbe es das Instrument der Kurzarbeit nicht, wäre die Arbeitslosenzahl längst explodiert und Arbeitsplätze verloren gegangen.

Doch diese Krise unterscheidet sich von der Finanzkrise. Wegen der vielen Betriebsschließungen, gerade im Einzelhandel und der Gastronomie, wurde in vielen Betrieben die Arbeitszeit nicht nur um einige Stunden reduziert, sondern komplett gestrichen. Damit reduziert sich das Gesamteinkommen auf 60 Prozent (Beschäftigte ohne Kinder) bzw. 67 Prozent (mit Kindern). Gerade für Menschen mit einem kleinen Einkommen eine schwierige Situation, die dazu führt, dass viele beim Jobcenter eine Aufstockung über die Grundsicherung beantragen müssen.

Daher muss in meinen Augen das Kurzarbeitergeld erhöht werden. Der DGB fordert eine Erhöhung auf 80 bzw. 87 Prozent. Diese Forderung unterstütze ich. Das Bundeskabinett hat nun eine Erhöhung des Kurzarbeitergelds beschlossen. Allerdings nur für Beschäftigte, deren Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduziert wurde und auch nur in Schritten. So erhöht sich das Kurzarbeitergeld erst ab dem 4. Monat des Bezugs auf 70 bzw. 77 Prozent und erst ab dem 7. Monat auf 80 bzw. 87 Prozent.



Das Ergebnis ist zwar nicht das, was ich mir wünschen würde, dennoch sollte man es nicht klein reden. Die Union hat sich über Wochen vehement dagegen gewehrt, das Kurzarbeitergeld zu erhöhen. Daher kann man es durchaus als Erfolg werten, was Hubertus Heil und Olaf Scholz erreicht haben.

Auf Landesebene hatten wir in der letzten Woche im Plenum gefordert, einen Sonderfonds für Unternehmen, die ihren Beschäftigten das Kurzarbeitergeld aufstocken wollen, einzurichten. Das haben CDU, FDP und AfD allerdings abgelehnt.

Echte Wertschätzung in Pflege, Einzelhandel und Co.

Als NRW-Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und als Sozialpolitikerin interessiere ich mich sehr für die Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen und Entlohnungen in unterschiedlichen Berufsgruppen. Vor der Corona-Krise war ich oft unterwegs, um einen Einblick in die Arbeitswelt zu erhalten und Kolleg*innen bei ihren Arbeitskämpfen zu unterstützen. Egal ob Real, Amazon oder Seniorenzentrum: Jetzt wird deutlich, dass in der Krise gerade diejenigen Berufsgruppen als systemrelevant wahrgenommen werden, bei denen wir seit vielen Jahren darauf aufmerksam machen, dass sie unter unfairen Arbeitsbedingungen und viel zu niedrigen Löhnen leiden.

Wer in den letzten Wochen den Fernseher eingeschaltet hat, konnte sich gar nicht vor den vielen Danksagungen an Supermarktkassierer*innen, Pflegekräften und LKW-Fahrer*innen retten. Wir sahen zuhauf selbst gemalte Bilder und erlebten mitfühlende Arbeitgeber*innen und aufmerksame Fernsehmacher*innen. Hoffen wir, dass dieses Zeichen der Solidarität nach der Krise nicht wieder verpufft. Denn auch wenn nun zurecht über Bonuszahlungen diskutiert wird, täuschen sie nur zu leicht über das eigentliche Problem hinweg. Wir brauchen endlich nachhaltig faire Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Die Mitarbeiter*innen haben eine echte Wertschätzung ihrer Arbeit verdient. Wer, wenn nicht wir Sozialdemokrat*innen sollte sich dafür einsetzen?

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will den Mindestlohn für Pflegehilfskräfte erhöhen und für Pflegefachkräfte einen solchen einführen. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Besonders begrüße



ich, dass er einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflege fordert. Dies erhöht den Druck auf die privaten Anbieter*innen und auf die Pflegekassen, die mit ihrer Politik den Preis für Pflegeleistungen auf Kosten der Beschäftigten drücken. Aber auch Pflege hat einen Wert, den es nicht zum Dumpingpreis geben darf. Doch bereits jetzt ist sichtbar, dass ein allgemeinverbindlicher Pflgetarifvertrag nur unter großem Widerstand zustande kommen wird. Auch eine Folge des viel zu niedrigen Organisationsgrads in der Pflege.

Meine Videobotschaft zum 1. Mai – „Solidarisch ist man nicht alleine: bit.ly/2A5Yubj

Arbeitszwang für Ärzt*innen und Pflegekräfte verhindert – Landesregierung steuert beim Pandemiegesetz zurück

Anfangs wollten CDU und FDP ihr Pandemiegesetz ohne parlamentarische Debatte durchpeitschen. Dagegen haben wir uns gewehrt. Der Entwurf dieses Gesetzes sah sehr weitreichende Eingriffe in die Grundrechte vieler Menschen und die parlamentarischen Rechte der Abgeordneten vor. Die SPD-Landtagsfraktion NRW konnte in einer konstruktiven Diskussion mit den anderen Fraktionen eine deutliche Verbesserung des Pandemiegesetzes erreichen. Wichtig ist, dass jede Form der Zwangsverpflichtung aus dem Gesetz gestrichen wurde. Der Ausruf einer epidemischen Lage für das Land NRW, die nunmehr nur durch den Landtag bestimmt werden kann, wird nun immer mit einer Frist von zwei Monaten versehen und muss stets neu festgestellt werden. Das gesamte Gesetz wird bis zum 31. März 2021 befristet und besitzt darüber hinaus keine Gültigkeit.



Endlich hilft die Landesregierung auch den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen

Endlich wird Gleichstellungsministerin Ina Scharenbach tätig. Das Land stellt für die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen zusätzlich 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, um auf die Folgen der Corona Krise reagieren zu können. Dennoch tut sich die Landesregierung immer noch schwer, eine fundierte Aussage zu treffen, wie sich die Fälle häuslicher Gewalt in Corona-Zeiten entwickeln. Sich hinter sinkenden Polizeieinsätzen zu verstecken, ohne zu hinterfragen, wieso die Einsatzzahlen zurückgehen, halte ich für fragwürdig.



Die Arbeit der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen ist systemrelevant und bedarf finanzieller Unterstützung, um die Folgen von Corona auszugleichen. Die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen mussten ihre Arbeit wegen der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen umstellen. Die dringend notwendige Spendenakquise ist durch Veranstaltungsabsagen zum Erliegen gekommen.

Wir haben in den vergangenen Wochen immer wieder auf die angespannte Situation in den Frauenhilfestrukturen hingewiesen und waren über die Verharmlosungen seitens der Landesregierung erstaunt. Daher begrüßen wir die angekündigte, seit langem geforderte, Aufstockung der Finanzmittel in diesem Bereich. Diese Mittel müssen jetzt zügig, flexibel und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig muss in solchen Krisensituationen auch gewährleistet sein, dass die Finanzhilfen entsprechend der Notlage angepasst werden.

Trotz der finanziellen Aufstockung beharrt die Landesregierung weiterhin auf die strikte Interpretation der Zahlen zu den Polizeieinsätzen. Es wäre aber besser, die Warnung von Expertinnen und Experten vor dem Anstieg der häuslichen Gewalt in Krisensituationen ernst zu nehmen. Die Erfahrungen in Spanien und Frankreich zeigen eindeutig, dass die häusliche Gewalt in Quarantäne-Zeiten zugenommen hat. Es wird befürchtet, dass die Dunkelziffer sehr hoch ist, weil die Frauen nicht die Gelegenheit haben, sich Hilfe zu organisieren oder in diesen unsicheren Zeiten aus Angst vor der Zukunft eher beim Täter bleiben. Das zeigt: Die aktuelle Datenlage dazu ist nicht besonders aussagekräftig. Daher appellieren wir weiterhin an die Landesregierung, auch hinter die reinen Zahlen zu schauen und die Zugänge, wie Frauen erreicht werden können, auf ihre Wirksamkeit hin, zu überprüfen.

Bauministerin Scharrenbach fällt Dortmunder Mieter*innen in den Rücken

Landesbauministerin Ina Scharrenbach baut den Mieterschutz in Nordrhein-Westfalen massiv ab. Die neue Mieterschutzverordnung, die die Ministerin vor wenigen Tagen vorgestellt hat und die am 1. Juli 2020 in Kraft treten soll, trifft vor allem Dortmund hart. Die neue Mieterschutzverordnung ist ihren Namen nicht wert. Der weitreichende Mieterschutz in NRW, den die rot-grüne Landesregierung seit 2014 aufgebaut hatte, wird durch die neue Mieterschutzverordnung größtenteils wieder zurückgenommen. Lediglich 2,9 Millionen Einwohner*innen in 18 NRW-Kommunen fallen zukünftig in den Geltungsbereich der neuen Verordnung. Von der Mietpreisbremse profitierten zuletzt dagegen 4,1 Millionen Einwohner*innen in 22 Kommunen, von den Kappungsgrenzen 6,4 Millionen Einwohner*innen in 37 Kommunen und von der Kündigungssperrfrist 4,4 Millionen Einwohner*innen in 37 Kommunen.

Dortmund zählt nicht zu den 18 Kommunen, die sich im Geltungsbereich der neuen Mieterschutzverordnung befinden. Damit fällt Bauministerin Ina Scharrenbach den Mieterinnen und Mietern in Dortmund in den Rücken, obwohl wir auch hier einen angespannten Wohnungsmarkt haben. Und das in einer Zeit, in der viele Menschen in Dortmund wegen der Corona-Krise um ihre Existenz fürchten, weil ihr Betrieb in Kurzarbeit ist oder sie ihren Job verlieren.

Ich rechne damit, dass durch den Wegfall der Kappungsgrenze vielen Mieter*innen bald deutliche Mieterhöhungen ins Haus stehen. Die Beseitigung der Mietpreisbremse wird dazu führen, dass bei Neuvermietungen ebenfalls die Mietpreise deutlich steigen werden. Der Wegfall der Kündigungssperrfristverordnung ermöglicht es Vermieterinnen, ihren Mieter*innen bereits nach drei statt nach fünf Jahren zu kündigen, wenn sie Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln wollen.

Die Pläne der Landesregierung sind im höchsten Maße unsozial. Die Schleifung des Mieterschutzes wird vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen, Alleinerziehende, Familien, die sich den

Bau eines Eigenheims nicht leisten können, Auszubildende/Studierende und Sozialleistungsbezieher*innen treffen. Diese Menschen werden sich auf höhere Kosten für das Wohnen und noch eine längere Suche nach einer bezahlbaren Wohnung einstellen müssen.

Privatisierung der Spielbank Hohensyburg: Die Interessen der Arbeitnehmer*innen und der Stadt Dortmund kommen zu kurz

CDU und FDP wollen die Spielbanken in Nordrhein-Westfalen privatisieren. Die Privatisierung hat auch Folgen für die Spielbank Hohensyburg. Ich lehne eine Privatisierung ab, denn bislang sind uns CDU und FDP stichhaltige Gründe für eine Privatisierung schuldig geblieben. Die Spielbanken arbeiten profitabel und haben beim Spielerschutz einen hohen Standard. Daher ist es unverständlich, dass die Landesregierung freiwillig auf einen Teil ihrer Einnahmen verzichten und auch noch den Spielerschutz aus der Hand geben will.

Das zur Zeit diskutierte Spielbankgesetz, durch das die Privatisierung ermöglicht werden soll, hinterlässt bei mir viele offene Fragen. Im Gesetzentwurf fehlen Regelungen, wie nach der Privatisierung bezüglich Standortgarantien und Spielbankabgabe an die Kommunen verfahren und die Arbeitsbedingungen der über 1.000 Mitarbeiter*innen in den Spielbanken gestaltet werden soll.

Diese Regelungen hat die Landesregierung bewusst aus dem Gesetzentwurf ausgelassen. Damit will sie vor allem den Gewinninteressen möglicher Käufer wie z.B. der Gauselmann-Gruppe entgegen kommen. Der Schutz vor Spielsucht und die Arbeitnehmer*interessen drohen dabei aber auf der Strecke zu bleiben, genauso wie die Interessen der betroffenen Kommunen wie Dortmund.

Ich bin skeptisch, ob zukünftig ein seriöser und qualitativ hochwertiger Spielerschutz gewährleistet wird. Denn im Gegensatz zum Staat, der die Spielbanken bislang prioritär mit dem Ziel, den natürlichen Spieltrieb der Menschen zu kanalisieren und zu kontrollieren, betreibt, haben private Anbieter aus wirtschaftlichen Interessen vor allem das Ziel, dass so viele Menschen wie möglich Glücksspiele spielen. Das darf nicht sein. Der Schutz von glücksspielsüchtigen Menschen muss eine wesentlich höhere Priorisierung haben, als die Liberalisierung des Glücksspielmarktes.

Im Rahmen einer Sachverständigenanhörung zum neuen Spielbankgesetz hat auch die Stadt Dortmund eine Stellungnahme abgegeben. Sie sieht viele offene Fragen bei der zukünftigen Gestaltung der Spielbankabgabe, die ein wichtiger Einnahmeposten im städtischen Haushalt ist. Sie verlangt vor allem Planungssicherheit. Ende 2022 läuft die Glücksspielverordnung NRW aus, die die Höhe der Spielbankabgabe an die Spielbankkommunen regelt. Die Stadt Dortmund wünscht sich daher, dass bereits im Gesetz festgelegt wird, dass die Standortkommunen weiterhin 12 Prozent der Bruttospielerträge erhalten. Außerdem wünscht sie sich eine Garantie für den Erhalt der aktuellen Spielbankstandorte. Denn das neue Gesetz gibt durchaus Raum dazu, dass die Spielbank Hohensyburg geschlossen wird.



Mit dem neuen Gesetz will die Landesregierung zur Erfüllung des sogenannten Kanalisierungsauftrags zwar weiterhin den Betrieb an mindestens vier Spielbankstandorten sicherstellen. Den neuen Betreibern wird zugleich aber auch ermöglicht, zwei neue Standorte zu entwickeln. Das könnte dazu führen, dass im Nachhinein Alt-Standorte wie Hohensyburg wegfallen könnten, wenn sie nicht die Renditeerwartungen der neuen Betreiber erfüllen.

Diese Befürchtung habe ich auch aus mehreren Gesprächen mit dem Spielbank-Betriebsrat über die Privatisierung der Spielbank Hohensyburg mitgenommen. Seit zwei Jahren stehen wir Dortmunder Abgeordneten im regelmäßigen Austausch mit der Mitarbeiter*innenvertretung und den Gewerkschaften. Das Gesetz eignet sich daher, die guten Arbeits- und Tarifbedingungen in den Spielbanken auszuhöhlen. Die Privatisierung wird dann am Ende auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Das Land steht für mich in seiner Vorbildfunktion als fairer Arbeitgeber aber in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitnehmer*innen durch eine Privatisierung dauerhaft nicht schlechter gestellt werden.

Fritzfeed: „Identitäre Bewegung“ tummelt sich in der AfD-Fraktion

Laut Recherchen des Spiegel-Magazins „Bento“ sollen mehrere Mitarbeiter der AfD in Nordrhein-Westfalen, die aus dem Netzwerk der „Identitären Bewegung“ stammen, das rechte Online-Portal „Fritzfeed“ betreiben. Nach dem rassistischen Malbuch versucht die AfD-Fraktion mit einem obskuren Online-Portal offenbar erneut, junge Menschen aufzuhetzen. So werden bei „Fritzfeed“ den Recherchen zufolge Texte eins zu eins aus der Fraktionsarbeit übernommen und Beiträge des Portals über die Abgeordneten-Kanäle herausgespielt. Fraktionsmitarbeiter sollen dabei die Redaktionsarbeit koordinieren. Das ist kein Zufall, sondern unlautere Propaganda. Es braucht ein entschiedeneres Handeln dagegen.

Daher fordern wir die Innenminister im Land und im Bund auf, das extremistische Netzwerk der „Identitären Bewegung“ konsequenter zu bekämpfen. Dies beinhaltet sowohl ein Verbot des gleichnamigen Vereins als auch die folgerichtige Kontrolle sämtlicher Nachfolgeorganisationen. Die AfD verhöhnt die Öffentlichkeit, wenn sie genau aus diesem Kreis einen „Pressesprecher“ rekrutiert, der in der Vergangenheit mit Brennfackeln Redaktionsgebäude besetzt haben soll.

Wir Demokrat*innen im Landtag sind deshalb gefordert: Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass sich rechtsextreme Hipster im Parlament tummeln, um eine menschenverachtende Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu können. Rechts braut sich eine gefährliche Mischung zusammen, die nicht nur ins Parlament hinein schwappt, sondern auch aus ihm heraus.

Was macht die Anja eigentlich in der Corona-Krise?

Die Corona-Krise hat auch meinen Arbeitsalltag sehr stark verändert. Viele Sitzungen und Besprechungen fielen zu Beginn des Lockdowns komplett aus oder wurden in Form von Telefon- oder Videokonferenzen durchgeführt. Dabei haben wir uns auf das allernötigste beschränkt, um in der Krise handlungsfähig zu sein. Viele Anhörungen wurden in schriftlicher Form, Ausschusssitzungen in Fraktionsstärke und Arbeitskreise mit Hilfe von Videokonferenzen durchgeführt. Gespräche mit Vertreter*innen von Verbänden und Veranstaltungen wurden, falls möglich, verschoben.

Viele Gremien, wie unsere Fraktionssitzung oder der Fraktionsvorstand wurden auf Telefon- und Videokonferenzen umgestellt. Zumindest die Fraktionssitzungen werden nun aber wieder hochgefahren und finden im wöchentlichen Wechsel als Telefonkonferenz und Präsenzsitzung im

Landtag statt. Abstimmungen in Plenar- und Ausschusssitzungen finden momentan noch in sogenannter Fraktionsstärke statt. Das heißt, dass nicht jede*r Abgeordnete zu Abstimmungen erscheinen muss, sondern nach Größe der Fraktionen abgestimmt wird. Dadurch werden die Mehrheitsverhältnisse des Landtags aufrecht erhalten, während zugleich ermöglicht wird, dass die Fraktionen nur in kleineren Delegationen vor Ort in den Plenar- und Ausschusssitzungen anwesend sein müssen. Dadurch wollen wir die Kontakte zwischen den Abgeordneten reduzieren und das Risiko einer möglichen Ansteckung klein halten. Diese Regelung heißt aber nicht, dass damit die Rechte der Abgeordneten eingeschränkt werden. Selbstverständlich werden Entscheidungen vorab in der Fraktion beraten und beschlossen. Kein*e Abgeordnete*r wird zudem unfreiwillig von den Plenarsitzungen ausgeschlossen. Es ist aber eine sinnvolle Absprache, um die Ansteckungsgefahr gering zu halten.

Für meine Mitarbeiter heißt die Corona-Krise momentan Homeoffice. Die Besprechungen mit meinen Mitarbeitern Martin Schmitz und Jan-Joschka Pogadl finden auch als Videokonferenzen statt. Für Bürger*innen und Genoss*innen sind wir trotz Homeoffice natürlich weiterhin unter Tel. 0231 / 58 56 18 oder per E-Mail zu erreichen. Ab dem 11. Mai werden wir zudem langsam den Betrieb des Wahlkreisbüros am Brüderweg wieder in Gang setzen. Vorerst ist der Besuch des Wahlkreisbüros aber nur nach telefonischer Absprache möglich. Vor-Ort-Termine und Gespräche im Wahlkreis sind in den letzten acht Wochen so gut wie komplett weggefallen. Das wird auch erstmal so bleiben.

Ich selbst arbeite momentan auch sehr viel von zu Hause aus. Positiver Nebeneffekt der vielen Video- und Telefonkonferenzen ist, dass ich viel seltener nach Düsseldorf reisen muss. Anstatt viele Stunden in der Woche mit Pendeln im Zug oder Auto zu verbringen, habe ich nun wesentlich mehr Zeit, um Neues auszuprobieren und meine Aktivitäten im Internet auszuweiten. So habe ich



angefangen, meine Gedanken und persönlichen Eindrücke in Blogartikeln auf Facebook und meiner Internetseite zu (digitalem) Papier zu bringen.

In einer neuen Serie mit dem Titel #ButschkauFragt treffe ich mich mit Betroffenen der Corona-Krise zum Videointerview. Selbständige und Freiberufler*innen bangen momentan um ihre Existenz, Alleinerziehende müssen noch mehr Job und Familie unter einen Hut bekommen, Supermarktkassierer*innen und Pflegekräfte arbeiten unter erschwerten, teils extremen Bedingungen und Schüler*innen sorgen sich, ob sie ihren Abschluss meistern werden. Diese Menschen möchte ich zu Wort kommen lassen. Ich möchte ihr Schicksal kennenlernen und von ihnen erfahren, wie Politik sie unterstützen sollte. In der ersten Ausgabe Ende April hatte ich die Studentin Caramilena zu Gast. Sie hat wegen Corona vom einen auf den anderen Tag ihren Job in der Gastronomie und damit jegliches Einkommen verloren. Ein interessanter Auftakt, der allerdings mit einigen technischen Schwierigkeiten verbunden war. Aber Neues braucht auch ein bisschen Übung, bis es einwandfrei funktioniert. Die Interviews werdet Ihr dann auf Facebook und Instagram finden.

Am Tag der Kinderbetreuung, also am 11. Mai, führe ich in diesem Rahmen ein Interview mit Christoph Müller, Leiter eines Familienzentrums der AWO Dortmund durch. Er wird mir berichten, wie sich die Arbeit in einer KiTa durch Corona verändert hat. Wenn Ihr Interesse an diesem Interview habt, schaut doch einfach mal auf meine Facebookseite.

Am 7. Mai startete meine erste telefonische Bürgersprechstunde. Auch wenn ich für Bürger*innen sowohl in Corona- als auch in Nicht-Corona-Zeiten immer unkompliziert ansprechbar bin,

möchte ich mit dieser Aktion, die regelmäßig stattfinden soll, nochmal darauf aufmerksam machen, dass die Menschen aus meinem Wahlkreis bei mir Unterstützung finden und sie ermutigen, sich bei mir zu melden.

Meinen Blog findet Ihr unter: anjabutschkau.de/category/persoendlich

Terminankündigungen zu Bürgersprechstunden und #ButschkauFragt gibt es auf: anjabutschkau.de

Was ich sonst noch so erlebt habe...



Tolle Aktion der Dortmunder Juso-Vorsitzenden Indra Paas. Nachdem sie den Spendenaufruf der Dortmunder Mitternachtsmission gelesen hatte, zögerte sie nicht lange und sammelte spontan Hygieneartikel und haltbare Lebensmittel. Ehrensache, dass ich sie in ihrem Engagement unterstütze, spende und mit anpacke. #TeamDortmund eben! 🙌



Die Frauenübernachtungsstelle für wohnungslose Frauen der Diakonie Dortmund in Hörde braucht dringend Hygieneartikel, Erstausstattungen für Säuglinge und Kleinkinder, Handtücher und Bettwäsche. Monika Dürger vom ObdachlosenKaffee St. Reinoldi und ich rufen Euch auf, die Frauenübernachtungsstelle mit einer Spende zu unterstützen. Eine erste Spende haben Monika Dürger vom ObdachlosenKaffee St. Reinoldi und ich vor Ort an Mara Woste überreicht.

Spenden mit dem Verwendungszweck "Frauenübernachtungsstelle" an Diakonie Dortmund, IBAN: DE90 4405 0199 0001 7777 77 oder unter <https://spenden.diakoniedortmund.de>



Da die traditionelle Rosenverteilung zum Muttertag in diesem Jahr Corona ausfallen muss, spendete der SPD-Stadtbezirk Hombruch das dafür vorgesehene Geld in Höhe von 100,- Euro an eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche der AWO Dortmund in unserem Stadtbezirk. So kommt das Geld da an, wo es gebraucht wird. Selbstverständlich darf da ein Dankeschön an die überaus engagierten Mitarbeiterinnen nicht fehlen. Deshalb überreichten der Vorsitzende Volker Schultebrucks, Norbert Marschner und Ratskandidat Jonas Hassel und ich im Garten der Einrichtung einen Blumenstrauß an die Leiterin der Einrichtung Melanie Porsch. Das ist gelebte Solidarität, von der wir einfach mehr brauchen. Wir Sozialdemokrat*innen gehen da mal mit gutem Beispiel voran.